

Zeitschrift:	Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber:	Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band:	78 (2007)
Heft:	11
Artikel:	Familienpolitik. 1. Teil, Wieso Kinderbetreuung noch immer ein Problem ist : "Märchenprinzen kümmern sich nicht um Kindererziehung"
Autor:	Rizzi, Elisabeth / Schelbert, Heidi
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-805121

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Familienpolitik 1: Wieso Kinderbetreuung noch immer ein Problem ist

«Märchenprinzen kümmern sich nicht um Kindererziehung»

■ Elisabeth Rizzi

Nebst Steuererleichterungen und Subventionen für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung seien vor allem mehr anspruchsvolle Teilzeitstellen nötig. Das sagt die Volkswirtschaftlerin und Familienexpertin Heidi Schelbert.

■ Seit 1995 existiert in der Schweiz die eidgenössische Koordinierungskommission für Familienfragen (EKFF). Trotzdem hat die Schweiz laut der OECD-Studie «Babies and Bosses» noch grossen Nachholbedarf bei der Familienpolitik. Sollten wir ein Bundesamt für Familienfragen schaffen, wie es Nationalrätin Jacqueline Fehr gefordert hat?

Heidi Schelbert: Klar ist, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unbedingt stärker gefördert werden muss. Ebenso müssen die sozialen Probleme der Kindererziehung bei ärmeren Gesellschaftsschichten gelöst werden. Ich bin mir aber nicht sicher, ob ein Bundesamt viel bringen würde. Schliesslich unterstehen gerade die Schulen den Kantonen. Der Bund könnte hier also gar nicht eingreifen.

■ Schadet der heutige Föderalismus der Familienpolitik?

Schelbert: Natürlich kann eine Entwicklung gehemmt werden, wenn in jedem Kanton andere Regeln gelten. Aber es kann auch ein Vorteil sein, weil so einzelne Kantone eine Vorreiterrolle einnehmen können. Ich denke dabei etwa ans Tessin.

■ Heute sind gemäss Studie in der Schweiz 40 Prozent der 40-jährigen Frauen mit tertiärer Ausbildung kinderlos. hat ein beträchtlicher Teil der Familien in diesem Alter weniger Kinder als eigentlich gewünscht. Warum? Schelbert: Besser ausgebildete Frauen werden hierzulande stärker vom Arbeitsprozess ausgeschlossen. Schuld daran sind die Steuerprogression und die hohen ausserfamiliären Betreuungskosten. Die Betreuung ist allerdings auch für tiefere Gesellschaftsschichten. Da ärmeren Leuten oftmals nichts anderes übrig bleibt, als zu arbeiten, aber die Kosten für eine Fremdbetreuung zu hoch sind, vernachlässigen sie ihre Kinder.

■ In der Schweiz müsste die Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau um mindestens ein Kind mehr steigen, damit unser Bevölkerungsbestand gesichert werden kann. Bloss wie? Schelbert: Ich glaube, grundsätzlich sollten nicht Geburten gefördert werden, sondern der Arbeitsmarkt familienfreundlicher gestaltet werden. In Skandinavien beispielsweise ist das Betreuungsnetz viel besser ausgebaut, und auch die Männer beteiligen sich dort viel bewusster bei der Kindererziehung als in der Schweiz.

■ Was müsste sich konkret ändern?

Schelbert: Man kann die Leute nicht dazu zwingen, Kinder zu kriegen. Denn Kinder kosten nicht nur: Sie verursachen auch Umlaube. Allerdings kann der Staat das Umfeld so gestal-

ten, dass Kinderkriegen einfacher wird. Zum einen kann er Steueranreize schaffen, zum anderen kann er die Finanzierung von ausserfamiliären Betreuungsplätzen fördern. Meines Erachtens müsste der Staat auch Betreuungsgutschriften gemäss den geleisteten Arbeitsprozenten der Mütter verteilen. Für ärmere Schichten sollte die Kinderbetreuung ohnehin ganz gratis sein.

■ Was müsste sich steuerpolitisch ändern, damit Kinderkriegen wieder attraktiver wird?

Schelbert: Die Paar-Steuer müsste zu Gunsten einer Individual-Besteuerung aufgehoben werden. Zudem sollte es möglich sein, alle Betreuungskosten als Gewinnkosten abzuziehen und ebenso alle Kinderkosten, die anfallen, wenn die Eltern mehr als 100 Prozent arbeiten.

■ In der Schweiz arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen; nämlich 72 Prozent gegenüber dem internationalen Durchschnitt von 60 Prozent. Allerdings arbeiten viele Frauen nur Teilzeit. Würden mehr billige Krippenplätze und Blockzeiten in den Schulen tatsächlich die Situation fundamental ändern?

Schelbert: Nein, das allein reicht nicht. Das Problem ist: Viele Frauen haben nur kleine Teilzeitpensen und dies auch häufig in traditionellen Frauenberufen. Ein Top-Sharing für Kaderpositionen existiert kaum. Und umgekehrt ist es für Männer schwierig, Teilzeit zu arbeiten, da sie dann im Prestige sinken.

■ ... das heisst?

Schelbert: Man müsste der Gesellschaft den Kopf lüften und klar machen, dass beide Geschlechter für die Kindererziehung verantwortlich sind. Vor allem bedingt das mehr anspruchsvolle Teilzeitstellen, die auch von Männern besetzt werden können.

■ Frankreich gilt als das Land mit der besten Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Geburtenrate ist seit 1970 nur von 2,4 auf 1,9 Prozent gesunken. Was müssten wir von Frankreich lernen?

Schelbert: In Frankreich ist die ausserfamiliäre Kinderbetreuung sehr gut geregelt. Zudem sind Tagesschulen üblich. Und: Die Kinder werden früher eingeschult. Das System erachte ich besonders für Migrantenkinder als sehr gut. Es wäre auch in der Schweiz wünschenswert, die Kinder ab bei spielsweise drei Jahren in den Kindergarten geben zu können.

■ Die Schweiz wendet gerade mal 0,2 Prozent des BIP für die Schaffung von familiengänzenden Betreuungsangeboten auf. Das ist die Hälfte von Neuseeland und 10 Prozent der Rate in Dänemark oder Schweden ...

Schelbert: Ja, die Schweiz befindet sich hier zweifellos am Schwanzende. Von heute auf morgen kann die Situation nicht verbessert werden. Aber immerhin sollte es das Ziel sein, den EU-Durchschnitt zu erreichen.

■ Wie kann die Schweiz dieses Ziel erreichen?

Schelbert: Nicht nur der Staat allein, auch die Unternehmen müssten etwas tun. Ich könnte mir vorstellen, dass mehrere Unternehmen gemeinsam eine Kinderkrippe gründen oder finanzieren. Ebenfalls denkbar wäre eine Abgabe der Unternehmen an den Staat für die Kinderbetreuung. Diese müsste auf Bundesebene geregelt und im Verhältnis zu der Anzahl Beschäftigten bemessen werden. Umgekehrt

könnte der Staat bei einem allgemein erhöhten Satz für Sozialabgaben denjenigen Firmen einen Anteil wieder zurückzahlen, die Betreuungsplätze fördern.

■ Wie könnte das Bewusstsein oder die Verantwortung von Unternehmen für Familienpolitik erhöht werden?

Schelbert: Das geschieht automatisch, wenn der Arbeitsmarkt austrocknet, was aufgrund der demografischen Entwicklung absehbar ist. Bereits in den Sechzigerjahren wurden aufgrund des Arbeitskräftemangels in der Informationsbranche viele anspruchsvolle Teilzeitjobs geschaffen. Und heute ist es auch in der Medizin möglich, als Arzt halbtags zu arbeiten oder eine Gemeinschaftspraxis zu führen. Unterstützt werden könnte diese Entwicklung durch tiefere Beitragssätze für die Sozialabgaben bei Teilzeitarbeit. Hier könnte der Staat mit Subventionen ergänzend einspringen.

■ Sind zuletzt die Frauen in der Schweiz zu wenig kämpferisch, um all diese Forderungen durchzusetzen?

Schelbert: Ja, die Frauen haben noch immer zu wenig Selbstbewusstsein. Sie sind oft zu scheu und unterschätzen sich. Man traut sich nicht, zu kämpfen.

■ Woran liegt das?

Schelbert: Es ist noch nicht so lange her, dass Mädchen anders erzogen wurden als Knaben. Dieses Muster rutscht heute noch durch, wenn Eltern ihre Kinder erziehen. Deshalb hat die traditionelle Erziehungskultur noch heute Auswirkungen. Erst jetzt, wo immer mehr Frauen Lehrerinnen sind, könnte sich etwas ändern. Ich vermute, dass die Selbstsicherheit der Mädchen langsam wachsen wird.

■ Kann diese Entwicklung beschleunigt werden?

Schelbert: Ja. Vor allem die Frauenvereinigungen müssten sich hier viel stärker anstrengen und Propaganda bei den Mädchen betreiben. Es scheint mir dringend nötig,

dass sie ihre Vorbildfunktion stärker wahrnehmen als bisher. Schliesslich müssen Männer auch erzogen werden. Gerade hier sehe ich oft, dass junge Mädchen noch immer das Bild des Märchenprinzen verinnerlicht haben. Dabei müsste ein Lebenspartner die eigenen Lebensvorstellungen teilen und unterstützen. Er müsste also ein Kumpel sein und kein Prinz: Märchenprinzen kümmern sich nicht um Kindererziehung.

Zur Person:

Heidi Schelbert ist emeritierte Professorin für Volkswirtschaftslehre. Sie hat 1970 das Institut für Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Zürich mitbegründet. Heidi Schelbert hat zu Gunsten ihrer Karriere auf Kinder verzichtet.



«Besser ausgebildete Frauen werden hierzulande stärker vom Arbeitsprozess ausgeschlossen.»

Foto: Martin Guggisberg